

Die deutsche Finanzwirtschaft am Scheidewege

Wir leben in einem Jahrhundert, wo die Heilmittel ebenso schädlich sind wie die Krankheiten.

Abbé Galiani an Madame d'Épinay,
den 18. Mai 1776.

Wenn es in Deutschland ein bewegendes Interesse auch an solchen wirtschafts- und finanzpolitischen Problemen gäbe, die noch nicht zum Gegenstand des politischen Streits geworden sind und nicht nach den bewährten Grundsätzen der Parteiprogramme von jedem durch Wahlrecht, Zeitungslesen oder Vereinszugehörigkeit Berufenen gelöst werden können, so müßten die zwei finanzpolitischen Vorschläge, die Friedrich Bendixen unter dem Titel „Kriegsanleihen und Finanznot“ (Jena, Verlag von Gustav Fischer, 1909, 32 Seiten) der Öffentlichkeit unterbreitet, ein selbst in diesen außerordentlichen Zeiten seltenes Maß von Aufsehen erregen. Der Verfasser bezeichnet den ersten, wichtigeren Vorschlag als verwegen. Er wird es schwerlich mißbilligen können, wenn wir einen Schritt weiter gehen und erklären, seine Vorschläge seien in der uns übersehbaren Geschichte der Staatsfinanzen und der Finanzwissenschaft West- und Mitteleuropas schlechthin ohne Beispiel. Das bolschewistische Rußland allerdings ist auf diesem Wege vorausgegangen. Es scheint indessen, daß dieser östliche Vorläufer der Aufmerksamkeit des Verfassers entgangen ist.

„Niemals“, so zieht Bendixen am Ende der Schrift das Fazit seiner Darlegungen, „wird es nach meiner Überzeugung gelingen, die Last der Kriegsanleihen auf dem natürlichen Wege der Reichseinnahmen abzutragen. Jeder Versuch, die ungeheuren Summen durch Steuern aufzubringen, wird unsere Produktivkraft schwächen, die Einnahmen daher nur vermindern und das Reich dem wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegentreiben. Nur die Umwandlung der Kriegsanleihen in Geld kann uns Rettung bringen.“

Will man sich zu dieser radikalen Maßregel vor der Hand nicht entschließen, so befreie man wenigstens das Deutsche Reich von dem Schimpf, den der traurige Kursstand der Reichsanleihen für unser wirtschaftliches Ansehen bedeutet und rette die deutsche Volkswirtschaft vor unermesslichem Schaden durch die Umwandlung der Kriegsanleihen in Reichsschatzwechsel.

Eins von beiden muß geschehen! Das ratlose Nichtstun unserer Regierung vor einer Entwicklung, die unser Wirtschaftsleben bis in das innerste Mark mit Zerstörung bedroht, ist weder zu rechtfertigen noch zu begreifen.“

Das Erstaunliche, ja Unerhörte dieser Sätze, die mit einem ciceronianischen Aufwand an eindrucklicher Beredsamkeit und gepflegter Diktion begründet und verteidigt werden, liegt nicht nur in der Natur der Vorschläge, sondern auch in der Person ihres Urhebers, dessen frühere Schriften die schärfsten Waffen gegen diese Projekte zu enthalten scheinen.

„Ein bankrotter Staat, der seine Schulden in Zetteln mit Zwangskurs bezahlt, handelt faktisch als Falschmünzer,“ heißt es in Bendixens kürzlich in zweiter Auflage erschienenem Buch über das „Wesen des Geldes“. „Die legitimen Geldbesitzer müssen sich den Einbruch der Neugeldleute gefallen lassen, die Waren heischend die Nachfrage steigern, die Preise in die Höhe treiben, die Kaufkraft des Geldes vermindern. Es ist so, als wenn sich an einen für eine bestimmte Zahl von Personen gedeckten Tisch einige Eindringlinge setzen. Auf den Einzelnen entfällt dann so viel weniger. Die Quoten der legitimen Geldbesitzer werden vermindert.“

Man kann nicht nachdrücklicher dem Staat das Recht absprechen, die Schaffung von Zahlungsmitteln zur Behebung

einer staatsfinanziellen Krisis zu benutzen. Jetzt aber fordert Bendixen, die gesamte Kriegsanleihe sofort zur Fälligkeit zu bringen und in Papiergeld, das zu diesem Zweck geschaffen wird, allgemein zurück zu zahlen. Er sagt nicht, ob sich der Vorschlag auch auf die schwebende Schuld des Reiches erstrecken soll; da er indessen immer nur von Kriegsanleihen redet, müssen wir annehmen, daß jene nicht mitgemeint ist. Der Nominalwert der „fundierte“ Kriegsschuld des Reiches ist heute auf 70—72 Milliarden zu schätzen („Frankfurter Zeitung“ vom 27. Juli 1919). Die unfundierte wird am Ende des Rechnungsjahres nach den Angaben des vorigen Reichsfinanzministers auf etwa neunzig Milliarden angewachsen sein. Es würden also durch Annahme des ersten Bendixenschen Vorschlages jährlich nur 3,5 bis 3,75 Milliarden Zinsen erspart werden — bei einem Gesamtaufwand von Reich, Einzelstaaten und Kommunen in Höhe von etwa 24 Milliarden. Gegenwärtig sind an Papiergeld (Reichsbanknoten und Darlehnskassenscheine) 40 Milliarden Mark ausgegeben. Ein erheblicher Teil davon kann als thesauriert gelten; Prion schätzt ihn, wohl zu hoch, auf 20 Milliarden („Tag“ vom 1. 7. 19). Wird der erste Vorschlag Bendixens zum Gesetz erhoben, so wird die Papiergeldmenge mit einem Schlage auf fast das Dreifache vermehrt werden.

Hiermit wird das bolschewistische Vorbild noch um ein Erhebliches übertroffen. Das Leninsche Dekret über die Annullierung der Staatsanleihen (angenommen in der Sitzung der Zentral-Vollzugskomitees vom 21. Januar 1918; vgl. „Quellen und Studien“ des Osteuropa-Instituts in Breslau, 1. Abteilung, 1. Heft: Russisches Wirtschaftsleben seit der Herrschaft der Bolschewicki, von Dr. Kaplun-Kogan. S. 125 f.) hatte nur die kurzfristigen Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen in Papiergeld verwandelt. Auch handelte es sich hier um vergleichsweise geringe Mengen, denn die gesamte (schwebende und fundierte) Kriegsschuld des russischen Reiches betrug nach einer Angabe des „Nasch Wjek“ (früher „Rietsch“) vom 17. (30.) März 1918 zu jenem Zeitpunkt nicht mehr als 56 Milliarden Rubel.

Bendixen versichert, daß er sich der gefährlichen Tragweite seines Vorschlags bewußt sei. „Ohne schwere Erschütterungen verläuft keine Inflation und nun erst eine solche von zahllosen Milliarden! Aber wir Deutschen haben nicht mehr viel zu wählen. Wir stehen an einem Abgrund. Nur die kühnsten Entschlüsse können uns helfen, und der hier gewiesene Plan scheint mir, so verwegen er ist, zum Licht zu führen.“ Jeder besonnene Finanzpolitiker wird ihm darin beipflichten, daß er die Krisis der Reichsfinanzen für so schwer erklärt, daß sie den geordneten Fortbestand der deutschen Wirtschaft ernstlich in Frage stellt, und zu Entschlüssen auffordert, die ein sehr viel höheres Maß geistiger und moralischer Spannung erfordern als die lächelnde Ahnungslosigkeit der Demagogen aller Parteirichtungen aufzubringen imstande ist. Man hat sich in Deutschland seit langem daran gewöhnt, die Fragen der Finanzwirtschaft lediglich als Prüfstein der Sozialethik zu betrachten, statt der Probleme des staatlich-wirtschaftlichen Aufbaus. Man hält diese Fragen für gelöst, wenn über das Maß von „Opfern“ zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen auf dem Wege des Verhandels oder des Diktierens entschieden worden ist. Von wirtschaftspolitischen Argumenten führt lediglich die Henne, die die staatsnotwendigen goldenen Eier legt, in den finanzwirtschaftlichen Debatten ein wie es scheint unsterbliches wenn auch immer weniger geschätztes Dasein. Es ist, wie immer man sich zu den Folgerungen Bendixen stelle,

eine männliche und des allgemeinen Dankes wertere Tat, die öffentliche Meinung darüber aufzuklären, daß die Finanzwirtschaft des Reiches an einem Kreuzweg steht, an dem sie zwischen zwei verhängnissschweren Entschlüssen zu wählen hat.

In Parlament und Presse sind sich heute alle Stimmen, fast ohne daß Ausnahmen laut werden, darin einig, daß unter allen Umständen der Zinsendienst der Kriegsanleihen aufrecht erhalten werden müsse. Die Anleihen seien nicht nur in der Hand der Kapitalisten und der kleinen Sparer, sondern auch im Besitz von Sparkassen, Banken, Versicherungsgesellschaften, die ihre flüssigen Mittel, und von kaufmännischen und gewerblichen Unternehmungen, die ihre unbeschäftigten Betriebskapitalien dem Staat in Anleiheform zur Verfügung gestellt haben. Werde der Anleihendienst eingestellt, so stocke Handel und Wandel, Rentner und Unternehmer würden in den gleichen Strudel gerissen, die Wirtschaft werde zerrüttet, der Kredit des Reiches eine Angelegenheit der Vergangenheit. Jedes Opfer, das diese Katastrophe abwende, sei gerechtfertigt, wenn es gerecht verteilt werde und nicht die Kapitals-Basis der Unternehmungen so sehr verringere, daß ihr gedeihlicher Fortbestand in Frage gestellt sei. Das festeste, mit diesen Rücksichten noch eben verträgliche Anziehen der Steuer-schraube sei schon deshalb erforderlich, weil nur durch Weg-steuern der inflatorischen Kaufkraft das Niveau der Inlandspreise gesenkt und der Stand der deutschen Valuta gehoben werden könne...

Gerade in diesen Nebenwirkungen aber, die der öffentlichen Meinung als durchaus erwünscht gelten, sieht Bendixen die Gefahr dieses Weges: Der Tiefstand der Valuta ist notwendig, um die deutsche Wirtschaft exportfähig zu halten. Vermindert sich dieser Vorsprung, so leidet im gleichen Maße unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den Auslandsmärkten. Sinkende Inlandspreise aber bedeuten gewerbliche Depression, Lähmung des Unternehmersinns, Einschränkung statt Entfaltung der Produktion, Arbeitslosigkeit und Mangel. „Wer wird Waren bestellen und einführen mögen, wenn er mit gewissem Verlust rechnen muß?“

Nun aber besteht, wie Bendixen einige Seiten später in anderem Zusammenhang bemerkt, allerdings ohne auf jenes Argument Bezug zu nehmen, überhaupt nicht die Wahrscheinlichkeit eines erheblichen Preisfalls. Denn es wird sich nach ihm als unmöglich erweisen, die Fehlbeträge des Reiches aus seinen Steuereinnahmen zu decken. Das Reich wird fortfahren, die Lücken notdürftig mit Papiergeld zu stopfen und so die Inflation in Permanenz zu erklären. Hiergegen wendet er ein: „Eine Geldschöpfung, die nur die Lücken des Staatshaushalts deckt und höchstens die Zinsenschuld begleicht, bringt uns nicht aus der Not. Sie vermehrt und entwertet das Geld jahrein jahraus, ohne die Kapitalschuld zu vermindern und verewigt das Elend der Finanzen“. Damit ist anerkannt, daß wir auch auf dem bisher als allein gangbar betrachteten Wege mit weiterer Inflation und steigenden Preisen zu rechnen haben. Es ist eben dieser Ablauf, den die vorgeschlagene Umwandlung der Kriegsanleihen in Papiergeld verhindern soll, indem sie sein Resultat vorausnimmt: „Der Vorschlag geht dahin, ein chronisches Siechtum durch eine kühne Operation zu heilen, den Entwertungsprozeß des Geldes, den wir zunächst bis zur Wiederherstellung der produktiven Wirtschaft und des internationalen Güteraustausches nicht entbehren können, durch einen großen Entschluß vorwegzunehmen und ihm dadurch zugleich eine Grenze zu setzen. Denn ohne diesen Entschluß ist weder das Ende der Finanznot noch die Entwertung unserer Valuta abzusehen.“

Für Bendixen stehen sich also gegenüber: auf dem üblichen Weg die Gefahren einer chronischen Inflation und dauernden Lähmung des Unternehmergeistes durch Steuern, die den größten Teil des Gewinnes für das Reich beanspruchen; auf dem von ihm vorgeschlagenen das Wagnis einer einmaligen Inflation von ungeheueren Dimensionen, aber beschränkter Dauer. Von der Tragweite dieses Wagnisses, das Bendixen für geringer hält als die Gefahren des anderen Weges, wird in einem zweiten Aufsätze zu handeln sein.

Kurt Singer

Der Antwerpen-Rhein-Kanal

Nach Artikel 361 des Versailler Friedens ist Deutschland verpflichtet, auf belgisches Verlangen den Bau eines Rhein-Maas-Kanals auszuführen oder zu gestatten. Anscheinend wird es nicht lange dauern, bis Belgien von diesem Recht Gebrauch macht, denn der Plan eines Rhein-Maas-Schelde-Kanals (von dem für Deutschland nur der Teil zwischen Rhein und Maas in Betracht kommt) wurde schon vor dem Kriege viel erörtert. Sowohl in Deutschland wie in Belgien spielte die Frage eines Anschlusses Antwerpens an den Rhein eine große Rolle, und es hätte nicht erst des Zwanges des Versailler Friedens bedurft, um Deutschland für diese bedeutsame Kulturaufgabe zu erwärmen.

Der Plan, eine direkte Wasserverbindung zwischen Antwerpen und dem mittleren Rhein herzustellen, ist alt. Es ist bezeichnend genug, daß der Kanal volle 80 Jahre vor dem Abschluß des Versailler Friedens schon einmal zum Gegenstand eines Staatsvertrages gemacht worden war: in dem neuerdings so viel erwähnten Vertrage vom 19. April 1839, in dem Belgiens Neutralität garantiert wurde, verpflichtete sich Holland bereits, gegen einen Maas-Rhein-Kanal, der durch den holländischen Maastricht-Zipfel führen würde, keinen Einspruch zu erheben. Auch damals aber blickte das Kanalprojekt bereits auf ein recht ehrwürdiges Alter zurück. Napoleon I.,

der in verkehrspolitischen Fragen einer der großzügigsten und weitestschauenden Herrscher aller Zeiten war, wollte den Schelde-Maas-Rhein-Kanal als ein besonders wichtiges Glied des von ihm geplanten Kanals „de la Seine à la mer Baltique“ (Seine-Schelde-Rhein-Elbe-Trave) hergestellt sehen und hatte bereits den Befehl zum Bau gegeben, als sein Sturz die Ausführung verhinderte. Aber schon volle 1000 Jahre früher hatte ein Karl der Große sich mit demselben Gedanken getragen, und abermals $\frac{3}{4}$ Jahrtausende vorher, im 1. Jahrhundert, hatte der Römer Corbulo gleichfalls schon die Möglichkeit eines solchen Kanals erwogen. Wenn er trotz einer so alten Geschichte bis auf den heutigen Tag nicht zur Ausführung gelangt ist, so waren teils technische teils politische Gründe daran schuld.

Ein Kanal, der den deutschen Rhein unter Umgehung holländischen Gebiets direkt mit Belgien verbunden hätte, wäre in die nördlichen Ausläufer der Eifel hineingeraten und hätte hier eine komplizierte Schleusenentwicklung und einen entsprechend hohen Kostenaufwand erfordert. Hielt sich der Kanal aber in der Ebene und nördlich des Gebirges, so mußte er den weit nach Süden vorspringenden Zipfel des holländischen Limburg durchschneiden, und Holland hatte keine Veranlassung, einem solchen Plan wohlwollend gegenüberzustehen, da es